

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Freundinnen und Freunde der KAB,

durch die aktuellen Entwicklungen rund um Covid-19 steht das Leben für viele auf dem Kopf. So vieles hat sich in so kurzer Zeit verändert. Dinge die undenkbar waren sind plötzlich möglich. Die äußeren Umstände helfen uns dabei den Blick auf das Wesentliche zu richten. Ein „höher, schneller, weiter...“ und die damit verbundene Ideologie des grenzenlosen Wachstums wurden von der Natur ausgebremst. Wir müssen sehen, dass ein neoliberal geprägter Kapitalismus die Krise zwar nicht ausgelöst, aber dessen Funktionslogik einer radikalen Marktdoktrin fatale Folgen für Staat und Gesellschaft hat. Beispielsweise im Gesundheits- und Pflegebereich wird deutlich, welchen Wert ein Gesundheitssystem unter Rentabilitätsgedanken wirklich hat. Die Forderung nach einem schlanken Staat, die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Pflege- und Gesundheitssysteme und die Ausrichtung von Lieferketten auf eine maximale Gewinnmaximierung haben zu einem Mangel an Krankenhauskapazitäten, Pflegekräften, Schutzausrüstung und einem weltweiten Stocken der Wirtschaftsabläufe geführt.

Die Krise ist noch nicht überwunden und schon werden die Stimmen aus dem Einzelhandel und der Wirtschaft laut, die alten Strategien wieder aufzunehmen und zum „normalen“ Alltag zurück zu kehren.

Wer oder was ist systemrelevant?

Dass diese Pandemie in Deutschland nach jetzigem Stand vergleichsweise glimpflich abläuft, ist nicht nur dem Krisenmanagement der Politiker*innen zu verdanken. Viele der Versäumnisse und Fehlentwicklungen gerade im Gesundheitssystem werden von den Pfleger*innen, Reinigungskräften und Ärzt*innen aufgefangen. Trotz der vorher bereits hohen Arbeitsbelastung, der teilweise niedrigen Entlohnung und der nun fehlenden Schutzkleidung leisten die Menschen im Gesundheitssystem einen übermenschlichen Beitrag.

Auch andere Berufsgruppen geraten in den Fokus. Dazu gehören unter anderem die Mitarbeiter*innen in der Logistik und im Einzelhandel. Sie sind unermüdlich dabei, die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern aufrecht zu erhalten. Die Arbeit der „Gastarbeiter*innen“ ermöglicht erst unsere Landwirtschaft und Schlachtindustrie. Genannt seien auch Rettungs- und Sicherheitskräfte, die die öffentliche Ordnung aufrechterhalten, oder Erzieher*innen, die allen genannten Berufsgruppen ermöglichen ihre Tätigkeit auszuüben, indem sie die Kinderbetreuung sicherstellen...

Hätten all diese Berufsgruppen die Handlungsweise ihrer Arbeitgeber*innen angewandt, wären sie auf Grund der hohen Nachfrage erst mal in Preisverhandlungen gegangen und hätten gestreikt. Doch dies haben sie nicht getan!

Dieses Engagement muss gewürdigt werden. Als Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) setzten wir uns für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt ein. Dies bedeutet, dass Mitarbeiter*innen mit Respekt und Würde behandelt werden. Dies drückt sich in der Arbeitswelt vor allem durch faire Bezahlung, die Einhaltung von Ruhe- und Pausenzeiten sowie den Umgang mit den Mitarbeiter*innen aus.

Die Arbeitgeberverbände und die Politik halten sich jedoch sehr zurück, wenn es um kurzfristige Lohnerhöhungen und Verringerung der Arbeitsbelastung geht. Ganz im Gegenteil, der Handelsverband Deutschland (HDE) fordert, den Schutz des arbeitsfreien Sonntags auszusetzen. Dies bedeutet noch mehr Arbeit für die Beschäftigten im Einzelhandel und aufgrund der mangelnden Tarifbindung bekommen die meisten Arbeitnehmer*innen noch nicht einmal Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit.

Neue Wege sind notwendig!

Die KAB fordert schon seit langem ein Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sehen uns durch die aktuellen Ereignisse bestätigt: Der Mensch und seine Umwelt müssen im Mittelpunkt unserer Handlungen stehen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die dem Menschen dient.

Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlung!

Pfleger*innen, angestellte Verkäufer*innen und all die anderen können sich von lauten Solidaritätsbekundungen in Sonntagsreden nichts kaufen. Wir fordern Wirtschaft und Politik auf, endlich Beschäftigte im Gesundheitsbereich, im Einzelhandel, bei Logistikunternehmen und den Kinder- und Jugendeinrichtungen adäquat und tariflich besser zu entlohnen. Die Entlohnung, Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitsmigrant*innen müssen umgehend verbessert werden. Systemrelevante Arbeit verdient auch im Tarifbereich eine nachhaltige und finanzielle Anerkennung.

Wir fordern Solidarität mit Beschäftigten und eine neue europäische Wirtschaftsstrategie!

- Globale Produktions- und Lieferketten, die einzig auf Profit ausgerichtet sind, gefährden nachhaltig die Lebensqualität und Gesundheitsversorgung in Europa. Konjunktur und Wirtschaftsförderungsprogramme der Politik dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen und unserer Umwelt umgesetzt werden. Sie müssen dafür genutzt werden, eine umweltverträgliche und nachhaltige Wirtschaftspolitik in Europa zu fördern. Die Produktionen von z.B. Medikamenten, Schutzkleidung, Rohstoffen und bestimmten Gütern müssen zurück nach Europa geholt werden, um eine Versorgung zu gewährleisten und die Produktionswege zu verkürzen.
- Das derzeitige Kurzarbeitergeld muss auf 100 Prozent aufgestockt werden, damit Arbeitnehmer*innen nicht in existenzielle Nöte geraten.
- Es braucht einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 13,69 €, damit Arbeitnehmer*innen, die ein Leben lang Vollzeit mit Mindestlohn gearbeitet haben, nicht automatisch in die Altersarmut abrutschen.
- Der Arbeitsschutz „systemrelevanter Tätigkeiten“ im Handel, im Erziehungs- und Bildungsbereich, in der Fleischindustrie, in der Alten- und Krankenpflege sowie im medizinischen Bereich muss umfassend gewährleistet sein und umgesetzt werden, damit die Gefahr von Ansteckung verringert wird.
- Der Gesundheits- und Pflegesektor muss sich wirtschaftlich nicht rechnen. Im Mittelpunkt müssen die Menschen und ihre Versorgung stehen. Es gibt hier einen klaren Auftrag der Daseinsvorsorge.
- Eine häusliche Pflege, die auf „billige“, osteuropäische Hilfskräfte angewiesen ist, schafft keine Sicherheit für die Angehörigen. Hier müssen andere Konzepte gefunden werden, die den Patient*innen und Pfleger*innen gerecht werden.
- Wir brauchen keinen „schlanken Staat“. Staatliche Behörden und Rettungsdienste müssen eine entsprechende Ausrüstung personell und materiell vorhalten können, um auch in Krisen handlungsfähig zu bleiben.

Den Menschen und seine Umwelt in den Mittelpunkt stellen!

Die Pandemie zeigt uns auf, dass wir umdenken müssen. Wir bitten Sie, sich in Politik, Gesellschaft und Kirche dafür einzusetzen, dass entschieden in der Weise gehandelt wird, dass der Mensch und seine Umwelt im Mittelpunkt von Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kirche steht.

Bleiben Sie Gesund

Gott segne die Christliche Arbeit.